

Herr Präsident,  
Mitglieder in Regierung und Parlament,  
Werte Bürgerinnen und Bürger der DG.

Der heute zur Diskussion und Abstimmung vorliegende Dekretentwurf zur Zustimmung zu dem Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen den CARIFORUM-Staaten einerseits und der Europäischen Gemeinschaft andererseits, betrifft eines von vielen Handelsabkommen, welche die EG mit vielen so genannten Entwicklungsländern abschließen möchte und teilweise auch abgeschlossen hat.

In meiner Stellungnahme vom 19. März diesen Jahres zum Dekretentwurf zur Zustimmung zum Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit den AKP-Staaten, nachzulesen im ausführlichen Bericht Nr. 35, habe ich bereits detailliert erklärt, welche Probleme und negative Folgen für so genannte Partnerstaaten durch solche Abkommen entstehen können. Ich werde dies heute nicht nochmals wiederholen. Ich empfehle aber allen Parlamentariern sich diesen Redebeitrag mal in Ruhe anzuschauen.

Nur ein Beispiel, um dies in Erinnerung zu rufen: Diese Abkommen sehen vor, dass die CARIFORUM-Staaten ihre Zölle auf EU-Importe drastisch senken. Dies hat unweigerlich zur Folge, dass hoch subventionierte EU-Produkte, oft

Überreste, die in der EU kein mehr will, zu Dumpingpreisen die Märkte der Partnerstaaten überfluten und dort der heimischen, aus Kleinbetrieben bestehenden Wirtschaft, die Existenzgrundlage nehmen. In einigen Ländern hat dies zu katastrophalen Auswirkungen geführt. Auch hier nur ein Beispiel: In Ghana haben jahrelange Billigimporte von Geflügelteilen aus der EU inzwischen alle Schlachthäuser in diesem Land in den Ruin getrieben.

Von Partnerschaft kann in diesen Abkommen also keine Rede sein.

Wir sollten auch nicht so tun, als würden diese Abkommen uns hier in der DG nichts angehen. Frei nach dem Motto, das sind doch Weltthemen aus Brüssel und die sind für uns kleine DG doch nur eine Formsache. Oder wie der zuständige Minister zu sagen pflegt, diese Verträge tangieren uns nur marginal.

Nein, wenn Sie, werte Kolleginnen und Kollegen heute diesem Dekretentwurf zustimmen, dann sagen Sie genauso deutlich Ja, wie zu jedem anderen Dekretentwurf. Es gibt kein halbes Ja, kein Viertel Ja und sicher auch kein marginales Ja.

Und die Thematik betrifft uns auch direkt. Wenn heute durch Verträge, denen wir zustimmen, die Existenzgrundlage von Millionen von Menschen beschädigt und zerstört wird, dann müssen wir uns nicht wundern, wenn morgen ein Teil dieser Menschen vor unsere Tür hier in die DG stehen. Die Zuwanderung stellt jetzt schon ein großes Problem dar. Die Integration von ausländischen Mitbürgern stellt uns vor große

Herausforderungen, die in diesem Hause des Öfteren schon Thema war und sicher noch oft sein wird.

Die Zuwanderungspolitik der belgischen Föderalregierung ist da nicht wirklich hilfreich. Wenn man überhaupt von einer „Politik“ sprechen kann. Ja, sie stellt ein seriöses Problem dar. Aus vielen Gründen ist der belgische Staat nicht in der Lage unbegrenzt Zuwanderer aufzunehmen. Dies ist ein heikles Thema und es steht heute auch hier nicht zu Debatte. Doch das vorliegende Dokument ist ein Beispiel, wie weitreichend seine Konsequenzen sind.

Die Vivant-Fraktion begrüßt die Tatsache, dass der Dekretentwurf diesmal nicht wie üblich im Beschleunigten Verfahren direkt ins Plenum gelangt ist, sondern vorher im zuständigen Ausschuss behandelt wurde. Zwar hat sich die Tiefgründigkeit dieser Behandlung sehr in Grenzen gehalten, doch immerhin es ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Ich gehe davon aus, dass noch weitere solcher Abkommen in diesem Hause behandelt werden. Deshalb macht die Vivant-Fraktion schon heute den Vorschlag, beim nächsten Mal einen Experten in den Ausschuss einzuladen. In unseren Augen ist der, von der SP im April dieses Jahres zu einem Vortrag eingeladen und aus St.Vith stammende Welthandelsexperte, Armin Paasch vom katholischen Hilfswerk Misereor, eine geeignete Person.

Nur so als Tipp an die SP-Fraktion: Eigentlich wäre es schon besser und logischer, einen Experten vor einer Abstimmung einzuladen, als hinterher...

Sehr geehrte Damen und Herren, die Vivant-Fraktion wird diesem Dekretentwurf nicht zustimmen, da wir für echte und faire Partnerschaft sind.

Ich Danke für Ihre Aufmerksamkeit,  
Alain Mertes,  
Vivant-Fraktion